

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Reaktion: SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beleg und Einzelgenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Machtvermehrung des Völkerbundes.

Die Genfer Reise Herriots und Macdonalds.

London, 24. Juni. (WTB.) Reuter zufolge kann bezüglich der geplanten Konferenz in London noch nicht mitgeteilt werden, welche Mächte vertreten sein oder wann die Einladungen versandt werden. Der Hauptzweck der Genfer Reise Macdonalds und Herriots sei, zu zeigen, daß das gesamte Gewicht Frankreichs und Großbritanniens für die Vermehrung der Wirksamkeit und des Ansehens des Völkerbundes eingesetzt werden solle.

Die Kontrollmahnung unterwegs.

Paris, 23. Juni. (Gca.) Aus Brüssel wird halbhoffnungsgetrieben, daß heute Vormittag eine an Deutschland gerichtete und von Ramsay Macdonald und Herriot unterzeichnete Note in der Abrüstungsfrage abgegangen sei. Diese Note halte an den Schlußfolgerungen der Abrüstungsnote fest, auf welche Deutschland vor dem 30. Juni antworten muß.

Bei der Reichsregierung ist diese neue Note bisher nicht eingetroffen, man erwartet sie aber.

Die Gehlüge müssen durch Augenschein widerlegt werden.

Paris, 24. Juni. (EP.) Wahrscheinlich im Zusammenhang mit der neuen Note in der Entwaffnungsfrage an Deutschland schreibt im "Matin" Jean d'Orfan, daß die Heeresleitung, wie sie während des Krieges bestanden habe, allerdings nicht mehr bestehe. Wenn man die Regimenter des Generals von Seeck und die Zusammenfassung der Infanterie- und Kavalleriedivisionen prüfe, so komme man zu dem Schluß, daß der Führer der Reichswehr eine ebenso mächtige als bewegliche Kampforganisation schaffen wolle, die durch einen Bewegungskrieg noch raschere und entscheidendere Ergebnisse erzielen sollte als im Weltkrieg.

Die Erklärungen Macdonalds.

Die vom "Vorwärts" bereits heute morgen gemeldeten Erklärungen Macdonalds im Unterhaus erfahren noch einige Ergänzungen durch folgenden Wolffbericht:

Im Verlaufe einer langen Erklärung sagte Macdonald, seine Befprechung mit Herriot werde dem belgischen und dem italienischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben werden, denn es bestehe

nicht die Absicht, ein ausschließlich englisch-französisches Abkommen zu schließen. Wahrscheinlich werde am 18. Juli eine interalliierte Konferenz in London zusammentreten. Es sei höchst wünschenswert, daß Amerika dabei vertreten sei, und über diesen Punkt seien Mitteilungen unterwegs. In Erwiderung auf eine Anfrage, ob Deutschland zu der Konferenz eingeladen werden solle, sagte Macdonald, der erste und wichtigste Punkt sei, daß zwischen den Alliierten eine Vereinbarung über die Durchführung des Dawes-Berichts bestehe. Die Alliierten seien der Ansicht, daß dieser Bericht Deutschland gewisse Verpflichtungen auferlege, die in den vom Versailler Vertrage auferlegten Verpflichtungen nicht enthalten seien. Die Alliierten müßten erwägen, in welcher Weise Deutschland am besten zum bereitwilligen Teilhaber bei der Uebernahme der Verpflichtungen gemacht werden könne.

Lord George fragte Macdonald, ob er diese Ausführungen so verstehen sollte, daß Deutschland auf der ersten Konferenz nicht vertreten sein würde, sondern im Anschluß an diese zu einer anderen Konferenz in London oder anderswo eingeladen werden würde. Macdonald hat in seiner Antwort das Haus, die Ungelassenheit auf dem Punkte zu belassen, wo sie wäre, da man nur oberflächlich besprochen habe und noch zu keinem Endergebnis gelangt sei. Es sei klar, daß es wenigstens drei Wege gebe, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Man würde sich indessen weiter mit ihr beschäftigen und

Deutschland würde aufgefordert werden, teilzunehmen, um gute Endergebnisse für die Inkraftsetzung des Dawes-Berichts zu errreichen.

Wieder eine Regierungschlappe im Unterhaus.

London, 24. Juni. (WTB.) Die Regierung erlitt gestern abend im Unterhaus in einer Geschäftsordnungsfrage bezüglich der Wohnungsvorlage eine Niederlage. Die Unionisten stimmten gemeinsam mit den Liberalen dafür, daß die Vorlage nicht an den Geschäftsausschuß verwiesen wird. Rasternan (lib.) beantragte, daß die Vorlage von einem Ausschuß des gesamten Hauses behandelt wird. Bei der Abstimmung stimmten für den liberalen Antrag 315 Mitglieder, dagegen 175. Die Regierung blieb daher mit 140 Stimmen in der Minderheit. Die (bürgerlichen) Blätter heben hervor, daß dies die fünfte Niederlage der Regierung Macdonald sei, und zwar die schwerste, die irgendeine Regierung in den letzten Jahren erlitten habe.

Zusammenkunft Herriot-Rakowski?

Paris, 24. Juni. (TL.) "Echo de Paris" veröffentlicht eine Londoner Meldung, wonach Herriot in der Nacht von Sonntag auf Montag den Führer der russischen Delegation, Rakowski, im Claridge-Hotel in London empfangen hat. Es soll eine längere Aussprache stattgefunden haben.

Deutschland und die Londoner Konferenz.

Der "Temps" für die Einladung Deutschlands.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der "Temps" leitet seinen Kommentar über die Ergebnisse der Aussprache von Chequers mit einem Vergleich der internationalen Lage von heute und der vor sieben Wochen ein. Der starke Erfolg, den damals die Reaktion und der Kommunismus bei den Wahlen zum deutschen Reichstag erzielt hätten, sei eine erste Bedrohung für den Frieden gewesen, und sehr maßgebende Stellen im Lager der Entente hätten daraus auf die Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges in spätestens ein bis zwei Jahren geschlossen. Die französisch-englischen Beziehungen seien damals zwar durchaus freundschaftlicher Natur gewesen, aber kein Mensch habe trotz der in Aussicht stehenden Aussprache an die Dauerhaftigkeit einer Verständigung geglaubt, selbst wenn sie auf dem Papier zustande gekommen wäre, und dies habe sehr wesentlich zur Verschärfung der Situation beigetragen.

Heute sei die Lage völlig verändert.

Die Verständigung zwischen Frankreich und England sei gesichert und zwischen Deutschland und Frankreich zeige sich der Beginn einer Entspannung. Das alles sei zwar erst ein Anfang, aber ein guter Anfang, über den man sich allenthalben zu freuen veranlassen habe. Die Hauptsache sei, daß die Politik in diesen Bahnen nunmehr fortschreite. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß an der Londoner Konferenz nicht nur Amerika teilnehmen werde, das an der Regelung der europäischen Wirtschaftsprobleme ein starkes Eigeninteresse habe, sondern man auch Deutschland dazu einladen

werde, nicht nur weil die Abmachungen, die dort zu treffen seien, der Wüstenwirtschaft Deutschlands bedürften, sondern weil dies auch die Position des zur Verständigung bereiten Kabinetts Ray-Stresemann gegenüber den Nationalisten beträchtlich stärken würde.

Schwarz-weiß-rotes.

"Kreuzzeitung" und "Rote Fahne" Arm in Arm.

Die Besprechung von Chequers hatte der nationalstiftischen Presse für den ersten Augenblick die Sprache verschlagen. Nun hat die "Kreuzzeitung" sie wiedergefunden. Sie be-

müht sich zu verzeihen, daß eine Entspannung der Situation für Deutschland nicht zu erwarten sei:

"Die Konstanz von Chequers hat, wie uns scheinen will, in keiner Weise eine Entspannung der Situation gebracht. Von den weiteren diplomatischen Verhandlungen, in deren Mittelpunkt zunächst die Note der Vorkonferenz über die Militärkontrolle steht, wird es abhängen, ob überhaupt noch die Möglichkeit einer Verständigung gegeben ist."

Die Frage der Militärkontrolle ist die letzte Hoffnung der Reaktion zur Sabotage der Entspannung der Situation für Deutschland.

Die "Kreuzzeitung" hat als treueste Sekundantin die "Rote Fahne" neben sich. Dort ist zu lesen:

"Die gesamte bürgerliche und demokratische Presse faßelt von dem Beginn der demokratischen Europapolitik. Hilferdings Worte von der kommenden Friedensära wird auch von den bürgerlichen Parteien des In- und Auslandes aufgenommen. Für die nächste Zeit denken die französischen Kapitalisten nicht an eine Räumung des Ruhrgebietes. Kennzeichnend für den Geist der Verhandlungen von Chequers war es, daß Herriot auf seiner Hinreise von Kassel begleitet wurde. Die Ergebnisse von Chequers sind alles andere, als Anfänge einer Friedensära, sie sind der Ausdruck der brutalsten imperialistischen Politik."

Den Schwarzweißrotten von rechts und ganz links ist jeder Erfolg der deutschen Außenpolitik schmerzlich. Sie bemühen sich krampfhaft, ihn hinwegzuleugnen oder ihn nach Möglichkeit zu sabotieren. Darin sind Deutschnationalen und Kommunisten brüderlich einig.

Die Präsidentschaftskandidaten der Farmer und Arbeiter. Wie der "Frankfurter Zeitung" aus New York berichtet wird, bestimmte der fortschrittliche Kongress der Farmer und Arbeiter in St. Pauli einstimmig Duncan Macdonald, den Führer der Bergarbeiter von Illinois, zum Präsidentschaftskandidaten und zum Vizepräsidenten William Brou, den Präsidenten des fortschrittlichen Farmerverbandes des Westens. Die Minorität hatte ohne Erfolg versucht, den Kongress von der Ablehnung Roosevelts zurückzuhalten.

Amnestie.

Zum Wiederbeginn der Tagung des Reichstags.

Der Reichstag wird heute bei seinem Wiederzusammentritt über Gesehentwürfe zu beraten haben, die Amnestie für politische Straftaten fordern. Es liegen ihm vor ein Gesehentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ein Gesehentwurf der Böttischen sowie ein Antrag der Kommunisten. Die Gesichtspunkte, von denen die Fraktionen bei der Einbringung ihrer Amnestieanträge ausgegangen sind, sind völlig verschieden.

Der kommunistische Antrag ist einer jener üblen demagogischen Agitationsanträge, die zum parlamentarischen Rüstzeug der Kommunisten gehören. Er fordert kurzerhand, alle politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen und alle politischen Straftaten sofort niederzuschlagen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat Juristen in ihren Reihen. Die kommunistische Zentrale hat eine eigene, von Juristen geleitete Rechtsabteilung. Man weiß bei den Kommunisten sehr wohl, daß ein solcher Antrag rechtlich unhaltbar und vor allen Dingen undurchführbar ist. Soll er sich etwa auch auf die Mörder Rathenaus, auf völkische und kommunistische Fememörder erstrecken? Die Tatsache, daß seine Formulierung jede Abgrenzung vermissen läßt, zeigt, daß es den Kommunisten nicht auf einen Effekt, nicht auf die tatsächliche Gewährung von Amnestie ankommt, sondern lediglich auf ein Stück Agitation. Sie spielen mit dem Freiheitssehnen jener vielen, die ihnen gefolgt und für sie in die Gefängnisse gewandert sind.

Wollen sie wirkliche Befreiung von politischen Gefangenen erreichen, so müßten sie eine andere Taktik als die der Rur-agitation einschlagen. Sie müßten vor allem vermeiden, den bürgerlichen Parteien ihr Geschrei nach dem Maffenterror und dem Bürgerkrieg Anlässe zur Ablehnung von Amnestieanträgen zu geben.

Der Gesehentwurf der Böttischen verlangt Amnestie für die Führer der Rapp-Putschisten, also vor allen Dingen für Herrn v. Jagow, ferner für die Teilnehmer am Buchrucker-Putsch in Rüstern und für die Hitler-Putschisten von München. Dieser Gesehentwurf ist noch mehr wie der Antrag der Kommunisten ein Akt der Demonstration gegen die Republik für den Rechtsputschismus.

Demgegenüber geht der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von wohl begründeten Gesichtspunkten aus. Er fordert Amnestie für drei Gruppen von Fällen. Zunächst für die Straftaten, die im Zusammenhang mit der Münchener Räterepublik begangen wurden. Die Gefangenen von Niederhöfensfeld haben ihre Illusionen und ihren Idealismus hart genug gebüßt! Der Gegenlag zwischen ihren Strafen und der Strafzumessung gegenüber den Hitler-Putschisten ist für jedes Rechtsempfinden unerträglich geworden.

An zweiter Stelle wird Amnestie verlangt für die Straftaten, die aus der Verwirrung aller Verhältnisse und des Denkens in der Sturmflut der Inflationsperiode von 1923 entstanden sind oder zur Abwehr antirepublikanischer Bestrebungen begangen wurden. Die Gerechtigkeit fordert, daß denen Amnestie gewährt wird, die durch Hunger zur Verzeihung getrieben wurden in einer Zeit, da selbst die Staatsleitung kaum mehr ein noch aus wußte. Die Republik muß die nicht vergessen, die sie schützen wollten, und dabei entweder Uebergriffe begingen oder von einer gegenrepublikanischen Justiz erfaßt wurden, weil sie die Republik schützten.

Schließlich soll die Amnestie eintreten in jenen Fällen, wo die Ueberpannung des Begriffes des "Landesverrats" zu Urteilen geführt hat, die dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagen, wie im Falle Fehrenbach.

In diesem Gesehentwurf sind die Forderungen des Rechtsempfindens und die Notwendigkeiten der Sicherung der Republik und des Schutzes des politischen Lebens vor absoluter Zustlosigkeit wohl gegeneinander abgewogen. Eine Amnestie darf nicht dazu führen, daß das Verantwortlichkeitsgefühl gegen die Republik, gegen die Gesellschaft und die Rechte und das Leben anderer Menschen abgeschwächt wird. Deshalb verlangt der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Ausschluß von der Straffreiheit für bestimmte schwere Verbrechen:

Von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die Personen, die zur Durchführung der unter § 1 bezeichneten Straftaten oder im Zusammenhang mit denselben ein Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 RStGB.), ein Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224-226 RStGB.), ein Verbrechen des schweren Raubes (§ 251 RStGB.), ein Verbrechen der Brandstiftung (§§ 306-308, 311 RStGB.), ein Verbrechen der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransports (§ 315 RStGB.), ein Verbrechen gegen § 321 Abs. 2 RStGB. oder ein Verbrechen gegen die §§ 5, 6 des Gesetzes über den verkehrsmitteln und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichsgesetzbl. S. 61) begangen haben."

Die Anträge der Böttischen und der Kommunisten sollen dazu dienen, die politischen Gegensätze erneut zu spitzeln. Sie dienen der Vorbereitung des gewalttätigen Konflikts. Der Gesehentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dient dem Ausgleich. Böttische und Kommunisten rufen nach Amnestie zur Entseffung neuen Sturmes gegen die Republik. Das sozialdemokratische Amnestieverlangen dient der Konsolidierung der Republik. Vor allen Dingen aber: den Kommunisten und Böttischen ist es um Agitation zu tun, den Sozialdemokraten aber darum, politischen Gefangenen

wirklich zur Freiheit zu verhelfen. Darin besteht eben der Unterschied zwischen der Politik der Extremen und unserer Politik: die Extremen schreien, wir verrichten sachliche Arbeit.

Wir hoffen, daß sich für das Amnestieverlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Mehrheit findet. Die Tatsache, daß die Gefangenen, für die es gestellt ist, immer noch in den Gefängnissen sitzen, ist eine schwere Belastung des Rechtsempfindens, eine schreiende Ungerechtigkeit für die Betroffenen.

Agrarierfreiheit.

Der Reichslandbund fordert kategorisch.

Im Reichslandbund sitzen die Drahtzieher der schlimmsten Reaktion. Sie vereinen reaktionäre Annäherung mit skrupelloster Interessentengier. Die Führer des Reichslandbundes sind am Montag beim Reichstanzler gewesen, um die schwierige Wirtschaftslage zu einem politischen Erpressungsversuch auszunutzen. Ueber die Befreiung der Reichslandbundesführer beim Reichstanzler wird vom Reichslandbund folgender Bericht ausgegeben:

„Veranlaßt durch den ungeheuren Ernst der Lage der deutschen Wirtschaft, sind die Führer des Reichslandbundes Graf Kaldreuth, von Goldacker, von Richtig und Stubendorf gestern bei der Reichsregierung gewesen und haben dem Reichstanzler, dem Reichernährungsminister und dem Reichsfinanzminister mit rückhaltloser Offenheit die Lage geschildert. Sie haben auf die Gefahr eines drohenden Mangels an Vorräten hingewiesen, und kategorisch die Frage gestellt, welche Wege die Reichsregierung zu beschreiten gedenkt, um der drohenden Katastrophe Einhalt zu gebieten.

Der Reichstanzler erklärte, daß er gleich den Führern der Landwirtschaft die Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt als überaus bedrohlich ansehe. Er erklärte seine Bereitwilligkeit, in Erwägungen und Beratungen darüber einzutreten, wie in dieser Lage Rettung gebracht werden könne. Als Maßnahmen, die sofort zu ergreifen sind, wurde seitens der Führer der Landwirtschaft gefordert:

Zinstose Stundung der Steuern bis nach Einbringung der Haushaltsrechnungen.

Einfrieren der Reichsregierung gegen die geschwundene Steuerüberlastung der Landwirtschaft durch die Einzelstaaten (preussische Hauszinssteuer, sächsische Zugsteuer, braunschweigische Grundsteuer usw.).

Grundjährige Verlängerung der laufenden Kredite bis zur Abdeckungsmöglichkeit durch langfristigen Kredit.

Beseitigung aller steuerlichen Sonderbenachteiligung der Landwirtschaft gegenüber anderen Berufsständen sowie unermessliche Bereitstellung eines weiteren nennenswerten Kredites an die Landwirtschaft zur Bergung der Ernte, wobei die gerechte Verteilung dieses Kredites an alle Besitzgrößen als selbstverständlich bezeichnet wurde.

Bei der sehr gründlichen Erörterung der schweren Notlage, in der sich die Landwirtschaft befindet, wurde in erster Linie die grundsturzende Ablehnung von allen Resten nachrevolutionärer Wirtschaftspolitik verlangt und darauf hingewiesen, daß die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft, die heute mehr als 20 Prozent teurer produziert als das Ausland, im wesentlichen zurückzuführen sei auf die seit Jahren erfolglose Drückung der deutschen Produktion nicht zuletzt auf ideologische und parteidemagogische Theorien. Auch hat es an Mut gefehlt, endlich einmal in Deutschland die Dinge beim wahren Namen zu nennen.

Daher sei unverzüglich Rückkehr zu den Grundfragen reiner wirtschaftlicher Vernunft und zum allgemeinen Schutz der nationalen Arbeit auf gleicher Basis für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe der Weg zur Rettung. Die Bereitwilligkeit des Reichslandbundes im Interesse des Vaterlandes an der Beseitigung der bestehenden Zustände mitzuwirken, wurde zugesagt. Praktisch gangbare Wege, die geeignet sind, die bestehenden Zustände zu bessern, wurden von der Reichsregierung nicht gezeigt.

Diesem tendenziösen Bericht läßt der Reichslandbund durch die Telegraphen-Union hinzufügen:

„Das Ergebnis dieser mehrstündigen Aussprache erscheint den Vertretern der Landwirtschaft nicht dazu geeignet, die im Lande vorhandene und berechtigtere Erregung zu beschwichtigen und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten.“

Die Führer der Landwirtschaft haben noch einmal in letzter Stunde gewarnt. Die Regierung trägt nun die Verantwortung. Der Reichslandbund seinerseits wird nach wie vor kraftvoll dafür eintreten, daß die Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktionsmöglichkeit wiederhergestellt werden.“

Das Vorgehen des Reichslandbundes hat mit den berechtigtesten Klagen der Landwirtschaft nichts zu tun. Die Landwirtschaft leidet gewiß unter den Erscheinungen der Stabilisierungskrise. Sie hat mit Kreditbeschwerden zu kämpfen. Bisher aber hat der Reichslandbund alle Maßnahmen, die von amtlichen Stellen seit Jahren ins Auge gefaßt wurden, um mit der Beseitigung der Kreditnot zugleich die Produktivität der Landwirtschaft zu heben, systematisch bekämpft. Das Ziel des Reichslandbundes ist es, der Landwirtschaft eine Ausnahmestellung auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen: Abwälzung aller Steuerlasten, Anspannung der Kredithilfe ohne Rücksicht auf die Interessen der gesamten Volkswirtschaft, und vor allem Preiswucher durch Zollschutz.

Die kategorische Sprache des Reichslandbundes ist eine unverhohlene Drohung mit Produktionsabotage und Lieferstreik — ein Erpressungsversuch. Es geht dem Reichslandbund nicht nur um wirtschaftliche Dinge: er will die Beseitigung des Arbeiterkampfes, eine reaktionäre Politik gegen die Arbeiterschaft und die städtische Bevölkerung. Der Versuch, mit einer böswilligen Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1923 zu drohen, sollte der städtischen Bevölkerung die Augen darüber öffnen, was sie von Reichslandbund und Deutschnationalen zu erwarten hat.

Seifers Ende.

Nachfolger Oberst von Reich.

München, 24. Juni. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, wurde der Chef des Landespolizeiamtes, Oberst von Seifer, zum 31. August 1924 verabschiedet. Zu seinem Nachfolger wurde zum gleichen Zeitpunkt an der Spitze des Landespolizeikommandos Nürnberg-Fürth, Polizeioberst von Reich, ernannt. Polizeioberst von Reich hat seit der Beurlaubung des Oberst von Seifer die Geschäfte des Chefs des Landespolizeiamtes bereits geführt.

Radek niedergebrüllt.

In die Grube, die Karl Radek anderen früher gegraben hat, ist er jetzt selbst hineingefallen. Auf dem Weltkongress der Kommunistischen Internationale wird in Moskau jetzt das Scherbenegericht über ihn gehalten. Der Bericht der „Roten Fahne“ über seine Disziplinarsache auf dem Kongress verzeichnet dauernde stümperhafte Unterbrechungen Radeks nicht nur durch die deutschen Vertreter, sondern auch durch den gesamten Kongress. Radek ist noch wie vor der Meinung, daß die provozierte Absonderung der Kommunisten von der übrigen Arbeiterbewegung ein taktischer Fehler ist. Er glaubt, daß die KPD, in der Fokierung in die sie sich selbst jetzt hineinamortisiert, an Einfluss verlieren wird. Er möchte lieber zu der sächsischen Taktik zurückkehren, er verspricht sich davon stärksten Einfluß auf die Sozialdemokratie. Im Hintergrund dieser Bestürzung einer Radek-mephistophelischen, abstrakten Veranlagung mehr entsprechenden schlauen Taktik liegen sicher auch tiefergehende Meinungsverschiedenheiten für die weitere europäische Entwicklung. Radek hält es offenbar für zweckmäßig, daß Sowjetrußland den Anschluß an die allgemeine europäische Entwicklung (Herriot-Macdonald) nicht verliert. Bei der KPD ist Radek, der ebenso wie Trakti nicht zur alten bolschewistischen Garde zählt, auf dem letzten Parteikongress abgefallen, auf dem Weltkongress geht es ihm nicht anders. In die neue Ex-

aktive wird er zweifellos nicht wiedergewählt. Einmal hat seine Schächel allein in der Hand. Und wie so häufig in gleichen Lagen, — die Fokierung löst Radek die Junge. Er spricht sehr offen!

„In der Einschätzung der Weltwirtschaftslage bestanden Gegenstände, da es fraglich sei, ob eine Aufstiegs- oder Niedergangperiode des Kapitalismus bevorstehe. Der Redner kritisiert unter stürmischen Zwischenrufen der Kongressmehrheit die Thesen der KPD, Zentrale und behauptet, die Liquidation der KPD, sei schlechter geworden, man vernachlässige das Bauerntum und den Mittelstand. Bei der Reichstagsöffnung seien keine Massenversammlungen abgehalten, das Sachverständigengutachten sei nicht energisch genug bekämpft worden. Es sei verhängnisvoll gewesen, auf dem Metallarbeiterkongress mit den Dörmannleuten keine Vereinbarung zu treffen. Die deutsche Linke bilde den Kern und den letzten Eintrag der Parteiführung, weshalb ihre großen Fehler geprüft werden müssen. Ihr Hauptfehler sei Passivität und Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit. Radek schlägt vor, eine Kommission zur Prüfung der deutschen Frage einzusetzen, da er die Verminderung des Einflusses der deutschen Partei befürchte. Die Minderheit unterwerfe sich den Kongressbeschlüssen, sie protestiere aber gegen die Disqualifizierung der Minderheit als Opportunisten. (Beifall bei einigen Delegierten.)“

Die Linke bleibt Radek die Antwort nicht schuldig. Ihr Sprecher erklärt mit diesen Worten:

„Die Grundlage des Radekismus bildet der Mangel an Glauben an die europäische Revolution. Radek und Brandler erstrecken die westeuropäische Umfrischung des Bolschewismus, sie betrachten die Sozialdemokratie als ausschlaggebenden Faktor der europäischen Arbeiterbewegung, sie halten eine Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie für möglich, was die Liquidierung der Leninischen Staatstheorie bedeutet.“

Die opportunistische Gefahr wittern diese Zionwächter überall. Das Verhalten der französischen und der englischen Parteien der Nationalregierung gegenüber, manche Ausführungen des holländers Wynant und Thalheimers zeigen, daß der Radekismus eine Gefahr im internationalen Maßstab bedeutet.“

Der bauerndeckel Smeral, der Führer der tschechischen Kommunisten, wird ebenfalls einer gründlichen Säubung unterzogen. Der Kurs geht eben auf radikalen Bruch mit der „sozialdemokratischen Vergangenheit“, er geht auf den unmittelbaren Kampf um die Macht. In dieser Situation sind Leute wie Radek mit ihrer hinterhältigen Zwiespältigkeit, mit ihrer Unklarheit und Unzuverlässigkeit nicht zu gebrauchen. Deswegen ertönt auf dem Weltkongress von neuem der alte Schlachtruf: Rieder mit den Bonzen! Nur daß diesmal die Bonzen diejenigen sind, die unter diesem Feldgeschrei selber erst groß wurden und die nun das Schicksal ereilt, das sie reichlich verdient haben. Keine Sorge, auch ihre Erben werden sie teilen!

Abwartende Börse.

Die Sorge vor dem Quartalsultimo, der wie man allgemein annimmt, größere Schwierigkeiten bereiten wird, und die neuerlichen Insolvenzgerüchte, die durch das Bankhaus Steinberg gestern bestätigt wurden, geben der heutigen Börse das Gepräge. Die mehr oder weniger gut laufenden Nachrichten aus den Industriegebieten treten dahinter ganz zurück. Auch die außenpolitische Lage ist für die nächsten Tage zu unübersichtlich, um irgendwie die Stimmung beeinflussen zu können. Die geringe Geschäftslust kommt auch in der kurzen verhältnismäßig schwachen Besucherzahl zum Ausdruck. Lediglich am Kriegsanleihekmarkt, wo die fünfprozentige Reichsanleihe mit 120 gehandelt wurde, ging es heute wieder lebhafter zu.

Von Seiten des Auslandes waren einige Kaufordere gegeben, die sich aber in sehr kleinen Grenzen zu halten schienen. Ihre Wirkung wurde durch augenscheinliche Exekutionsverläufe aufgehoben, so daß die ersten Kurse weitestenteils bedeutend unter denen des Vortages lagen. Am Montanmarkt bewegten sich die Umschwängungen um 1—2 Prozent. Der Geldmarkt behält flüssig, man hörte etwa 4/5 Promille für tägliches Geld. Auch am Devisenmarkt wickelte sich das Geschäft sehr ruhig ab. Das herauskommende Angebot der Nachfrage vollständig. London gegen Paris wurde mit 81/4 genannt.

Predigt.

Von Ferdinand Timpe.

Wie schredende Vögel des Todes flattern unheimlich die schwarzen Aermel des Talars — liegen einen Augenblick still auf der Kanzel — wirbeln dann wieder hoch in die Luft wie Geipenfer, als wollten sie unten die Hörer greifen mit juchzenden Fängen, sie zerfleischen, zerfetzen. Hochauf redt sich dann drohend die himmelhafte Gestalt des Predigers. Seine Worte peitschen nach den Hörern wie bluttriefende Flaggellantengeißeln, fahren auf bis in die Spitzen der gotischen Bögen, fallen nochmals zurück, füllen den ganzen Raum.

Die Hörer sitzen gebückt mit gebeugten Rücken, zucken schmerzhaft noch mehr in sich zusammen unter den Schlägen und hieben jedes einzelnen weithin hallenden Wortes — unter der Last der Anklagen, der Sünden.

Tief wie Gewitter rollt die drohnende Stimme des Predigers. Dann fahren wieder die unheimlichen Vögel des Todes auf; die Stimme hebt sich zu höchster Höhe, wie Schrei gellender Ekstase, dringt in Eden und Hölle. Sie durchwühlt die letzten Gedanken der trostlos Niedergebengenen — enthüllt Allerlehtes, bislang Verborgenes — reißt aus jedes Einzelnen Seele die unübersehbare Fülle geheimster Verfehlungen — zerrt sie offen ans Licht — hält sie hoch empor, um aller Welt ihre abscheuliche Verderbtheit und Widerlichkeit zu zeigen.

Draußen klingt der Flieder weiß, blau und rosa vor den hohen offenen Fenstern, räkelt sich wohligh im heißen Licht. Sonnenstrahlen irren lachend herein. Aber ihr Lachen, erdröselt von der drohenden Wucht rhythmisch hallender Worte, erstirbt hier drinnen, fällt zerbrochen und klagend auf die Rücken der armseligen Menschen, über die das Strafgericht hinbraust wie Ulgewalt. Ist keine Rettung möglich aus dieser Verderbnis? Kein Mittel? Nur Pein, Hölle, ewiges Verfluchsein? Wo ist Ausweg? Wo ist Erlösung? Frauen wimmern laut, harte Hände pressen sich aufstöhnend vor die Stirn — gegen die Augen — gegen den Mund, Schmerzensschrei zu ersticken. Mädchen sinken in die Knie, den Raum hysterisch mit Schreien durchgehend. Weiter noch peitscht das donnernde Wort auf die Verzweifelnden. Wo ist Erlösung??

Zwei Kaben springen im Spiel vom Garten in die offenen Fenster des Doms, halten sich mit graziosen Pöten.

Des Pfarrers Auge droht hinüber nach solch weltlichem Spul, seine Stimme steigert sich zu doppelter Wucht wie gegen anscheinenden Feind.

Die Kaben spielen und springen, stürzen sich aufeinander, gleiten und rutschen — und poltern dann plötzlich auf den Rücken einer geknieten Frau, die aufgelöst im Gebet liegt. Die schreit auf — Willeh — schreierseht — während: des Teufels Kröße, vom Pfarrer gerufen, packt sie.

Sekundenlang schwankt die donnernde Stimme — legt dann sofort wieder ein, letzte spärliche Lebensreste nun endgültig zu zermalmen. Die Totenvögel flattern mit verdoppelter Unheimlichkeit. Doch schon sibt hinter auf einer der letzten Bänke mit einemmal jaghaft ein Röhren auf — (Die ermordeten Sonnenstrahlen leben auf zu Glitzern und Funkeln.)

Ein zweites flürrt — ein drittes.

Und nun richten die Rücken sich auf — werfen die Last ab, die zu schwer wurde, dehnen sich. Ein langes Aufatmen läuft von Platz zu Platz, Hüfte schauern, und bald springt Baden auf, fed, hüpfend rebellisch von Reihe zu Reihe, kämpft gegen drohende Worte und Finsternis, ringt sich durch . . . und mit einemmal ist die Kirche angefüllt mit lauter Sonne, und der Flieder wächst durch die Fenster. Das Lachen wächst an zu unheimlichem Gewieher und überdönt schmetterndes Weltgeräusch des Talars. Lärm macht sich breit, Regenschirme fallen zur Erde. Schon stehen die ersten auf, reden knappend die gewaltig gebuckten Leiber. Ellbogen bohren sich spitz in die Rippen der Nachbarn. Befreit drängt alles kraftvoll stampfend zum Ausgang.

Oben die Totenvögel flattern im Lodestrampf, sinken mit gebrochenen Fittichen in sich zusammen . . .

Kronborg.

Ein gütiges Geschick hat mich, wenn auch nur für acht Tage, in das von den bösen „Marristen“ regierte Dänemark entführt. In Kopenhagen schon entfällt mir das Wunder dieser von Krieg und Nachkrieg verpöhten gebliebenen Stadt. Die heiter unbefümmerte Schönheit des Lebens hier zieht sogleich in ihren Bann. Die Ruhe dieser kleinsten Weltstadt, der Rhythmus des großzügigen aber sicher dahinflutenden Verkehrs besticht die abgebeigten Nerven eines armen Berliners. Kopenhagen ist eine europäische Großstadt ohne jeden Betrieb, aber mit den Errungenschaften eines internationalen Fortschritts, von dem wir seit zehn Jahren ausgeschlossen sind.

Von der Kultur Kopenhagens zog es mich aufwärts nach Norden, nach Helsingör und der alten Feste Kronborg. Der Dampfer, der durch den Sund fährt, liegt auf dem „Ny Havn“ bereit. Immer näher rückt auf der herrlichen Fahrt die schwedische Küste dem schauenden Auge, die endlich bei Helsingör blickbar, auf einige Kilometer Nähe, sich vor uns aufstaut. Rausch der Ferneländer, die der noch nie im Ausland gewesene nur im Traum bisher ahnte, greifbar, im Lichte ausgebreitet vor uns! Die Dankbarkeit einer Erfüllung wächst noch an, als auf einer weit ins Meer ragenden Landzunge Kronborg aufsteht, das im 15. Jahrhundert erbaute viertürmige Schloß, geheimnisumwittert durch die Hamlet-Sage, die Shakespeares Genies hierher verlegt hat. Ja, hinter diesen grauaufragenden Mauern, auf dieser grasbewachsenen Meeresterrasse mag in mittelalterlicher Herbstnacht der Geist dem jungen Hamlet erschienen sein und Tod und Untergang über ein

ganzes Geschlecht gebracht haben. Im abstruktionsbereiten Dänemark spielt Kronborg als Festung keine Rolle mehr, und die Zinnen, von einem einsamen Soldaten bewacht, dienen dem Betrachter als Aussichtsmarie über die herrliche Landschaft, die zwischen alten Geschäfte, die Mündungen noch drohend gegen Schweden gerichtet, sind nur unschädlich gewordene Ausrappen einer vergangenen Zeit. Die alte Festung dient jetzt kulturellen Zwecken. Das große dänische Museum für Seefahrt und Schiffswesen ist hier untergebracht, und die finster-leuchten Kalematten mit ihren graulichen Gängen werden in Führungen gezeigt. Doch schon geht das Dampfboot weiter. Wir wenden unseren Blick noch einmal diesem langam im Meere verschwindenden, aufgereckten Turmbau zu und lassen uns dann ruhig vorwärtsreiben, ins Rattegatt hinaus, der Nordspitze Seelands entgegen. . . . Billy Blumenthal.

Amerika schwimmt im Gold. Goldströme wogen durch die Vereinigten Staaten und füllen ihre finanziellen Kasserotten bis zum Bersten an. Dadurch ist eine wirtschaftliche Lage geschaffen, die in der Weltgeschichte einzigartig dasteht. Bankiers und Finanzbeamte, die von diesem Goldreichtum geblendet sind, träumen von phantastischen Verwendungen für diese Schätze und teilen sie der Presse mit, die sich vielfach mit dem Goldüberfluß beschäftigt. So wird jetzt allgemein vertündet, daß Londons Rolle als Mittelpunkt des Welt-Goldmarktes ausgepielt sei und New York an seine Stelle trete. Die Goldsammlungen rühren hauptsächlich von dem Ueberwiegen der Exporte über die Importe her, wozu dann noch die englischen Zinszahlungen im Gold kommen. Man schätzt die Goldmengen, die am 1. Juni in den Vereinigten Staaten angeammelt waren, auf einen Wert von mehr als 5 Milliarden Dollar. Man nimmt an, daß die gesamte Goldzufuhr in diesem Jahre wenigstens 400 Millionen Dollar betragen wird, also mehr als 1 1/2 Billionen Dollar pro Tona, und folgert daraus, daß die Vereinigten Staaten in wachsender Zahl die Goldbedürftigen aus allen Ländern anziehen werden. Vorläufig aber leiden die Vereinigten Staaten unter dem Schicksal des Russ. Die Industrien sind nicht imstande, den Goldstrom durch das Land zu leiten; der Handel stockt, und der Goldüberfluß führt eher zu einer Wirtschaftskrise als zu einer Wirtschaftsbüthe.

Die Kinderablage in der Weltausstellung. In der großen Ausstellung in Wembley ist alles aufs Trefflichste eingerichtet. Man kann beim Eingang nicht bloß Stöße, Schiene, Koffer in Verwahrung geben, sondern auch — Kinder. Wenn eine unternehmungskünftige Mutter allein die vielen Herrlichkeiten und Lustbarkeiten der Ausstellung bewundern will, gibt sie ihr Kind oder ihre Kinder in der Garderobe ab und erhält eine Marke. In einem kleinen Gärtchen, von Schwestern bewacht, bleiben die nummerierten Kinder. Bisher waren es durchschnittlich 40 an einem Tage.

Es fehlte nur noch, daß eine Entschädigungssumme für abhanden gefommene Kinder gezahlt würde.

Johannisfest der Buchdrucker. Der Darmstädter Bezirksverein des Bundes der deutschen Buchdrucker feierte am 24. zum Gedächtnis seines Stammvaters Gutenberg das Johannisfest. Ähnliche Darmstädter Festungen mit Ausnahme des „Lageblattes“ erscheinen daher nicht.

Reaktionsplan gegen Herriot.

Paris, 24. Juni. (Eoa.) Aus den Blättern der Opposition läßt sich bereits heute der vollkommene Feldzugsplan erkennen, der unmittelbar gegen das Kabinett Herriot bevorsteht. Es gibt nicht wenige Kreise, welche glauben, daß der Versuch unternommen werden soll, noch vor dem 16. Juli eine neue Krise in Frankreich heraufzubeschwören, um zu verhindern, daß bei der Konferenz gemeinsam mit Deutschland endgültige Beschlüsse über die weiteren Reparationsregelungen getroffen werden können. Die Arbeit der Opposition besteht nunmehr in einer Diskreditierung der auswärtigen Politik. Die Gegner des Kabinetts Herriot halten zunächst damit gerechnet, daß Deutschland die Annahme der Militärkontrolle ablehnen würde, um auf dieser Grundlage parlamentarische Vorstöße gegen das Kabinett zu unternehmen. Die schwierigsten Klippen, die Herriot zu umschiffen haben wird, liegen in der inneren Politik; es sieht hier im Vordergrund die Frage der Laiengeseßgebung und die Frage des Amnestiegesetzes. In vielen Fällen ist es vor allen Dingen der Senat, wo eine starke Agitation zu verzeichnen ist, da mannigfache Treibereien in den Wandelgängen am Werke sind. In der Frage der Volkshilfe beim Vatikan scheint auch in der Kammer auf einzelne Kreise der Regierungsmehrheit kein großer Verlaß zu sein. Es kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß Briand seinerzeit selbst die Volkshilfe beim Vatikan wieder eingeführt hat. Aus der Umgebung Loucheurs kamen in den letzten Tagen ebenfalls Stimmen, die in dieser Frage nicht gänzlich mit der Auffassung der Regierung übereinstimmen. Das Amnestiegesetz wird in der Kammer zweifellos durchgehen, jedoch sind gerade in diesem Punkte im Senat Schwierigkeiten vorauszusetzen.

Der Einbruch bei Frassati.

Napoli, 24. Juni. (E.P.) Infolge des Raubmordanschlags in die Wohnung des Senators Frassati in Turin hat der Ministerrat die Absetzung des Präfecten Valerini beschlossen. Das sächsische Direktorium beauftragt den Vorfall selbst und hat dem feierzeit mit der Reorganisation der sächsischen Sektion von Turin betrauten Kommandanten beauftragt, eine strenge Untersuchung einzuleiten und die Urheber der Tat ohne weiteres aus der Partei auszuschließen und den Bericht zu übergeben.

Ruffolini hält heute Dienstag eine Rede im Senat.

Georgischer KPD.-Schwindel.

Einem Schreiben der jetzt illegalen freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Georgiens an den deutschen sozialdemokratischen Parteivorstand und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entnehmen wir:

Im Tifliser „Kommunist“ (Nr. 51) dankt ein Aufruf der KPD. den Arbeitern Georgiens im Namen der deutschen Arbeiterklasse für eine ihr von den Tifliser Arbeitern gestiftete Fahne und überfendet den georgischen Arbeitern als Gegengeschenk die alte Fahne der Arbeiterorganisationen von Wolsenbüttel. In ihrem Aufruf behauptet die KPD., daß das gesamte deutsche Proletariat jetzt unter ihrer Fahne stehe und daß nur ein Häuflein irregeleiteter Arbeiter noch der Sozialdemokratie angehöre! Weiter wird im Aufruf der KPD. behauptet, daß die Arbeiterklasse Georgiens von der russischen Roten Armee befreit worden wäre, ein glückliches Leben führt und von den Arbeitern anderer Länder beneidet würde.

Die deutschen Arbeiter müssen selbst, was an diesen KPD.-Behauptungen Wahres ist. Wenn die Lage der deutschen Arbeiter und die Rolle der deutschen Arbeiterorganisationen im Aufruf der KPD. ebenso wahrheitsgetreu geschildert ist, wie unsere eigene Lage, so müssen wir, was der Aufruf wert ist.

Im übrigen enthält der Aufruf eine Stelle, die der Wahrheit entspricht. Dort heißt es:

Die georgischen Arbeiter führen seit Jahrzehnten einen hartnäckigen Befreiungskampf.

Das stimmt! Seit Jahrzehnten kämpfte das georgische Proletariat gegen den Zarismus und gegen den Kapitalismus. Unter der Herrschaft des sogenannten Kommunismus führt es seinen Kampf weiter, doch mit dem Unterschied, daß dieser Kampf jetzt viel schwerer geworden ist. In diesem Kampf haben wir viel gelernt, und es ist uns heute nicht schwer, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, und mit Eifer und Verachtung schauen wir jetzt auf alle die herab, die auf Lug und Trug ihre Herrschaft aufbauen und unter der Maske der proletarischen Solidarität räuberische Ziele verfolgen. — Alles was in diesem Aufruf über die Arbeiter Georgiens gesagt ist, ist von A bis Z Lug und Trug. Daß Klara Zetkin einen hervorragenden Aufruf mit ihrem Namen unterzeichnen konnte, ist uns unbegreiflich. Vielleicht glaubt sie, daß das georgische Volk auf dem Kulturniveau der Hottentotten steht und den Behauptungen der KPD. in seiner Weißfremde ohne weiteres Glauben schenken wird. Wir glauben, Klara Zetkin sei eine ehrliche Genossin und wollen auch weiterhin glauben, daß sie irreführt wurde, von den Moskauer Spezialisten der Lüge und des Betrugs.

Das Schreiben schildert kurz die verbrecherische Knechtung Georgiens durch den sowjetrussischen Imperialismus, die schwachen Verfolgungen, denen die georgische Arbeiterklasse durch die bolschewistischen Eroberer und Fremdherrscher ausgeht sind und schließt:

Genossen, deutsche Arbeiter!

Ihr habt „von uns“ eine Fahne bekommen und ihr sendet nun „uns“ die Fahne von Wolsenbüttel, die Babel aus der Taufe gehoben haben soll. Genossen, wir glauben, wäre der alte Babel heute noch am Leben, so hätte er den Aufruf der KPD. nicht unterzeichnet. Denn nicht wir erhielten eure Fahne, sondern unsere Henker. . . . Genossen, nicht nur die georgische Arbeiterklasse wird von den Kommunisten verfolgt, sondern auch

Die Christlichen unter den Kommunisten selbst werden deangelt.

Erst vor kurzem wurden hundert Kommunisten, die für eine einigermaßen freie Meinungsäußerung innerhalb ihrer Partei und für den Schutz der georgischen Sprache und der georgischen Kulturgüter sich schützern eingekerkert hatten, des Landes verwiesen.

Deutsche Arbeiter! Für die georgische Arbeiterklasse ist die Befreiung des Landes eine Frage von Sein oder Nichtsein. Wir werden entweder siegen oder untergehen — so sieht in Wahrheit die „glückliche“ Lage der georgischen Arbeiterklasse aus. Wir hoffen, daß in unserem schweren Kampfe die Sympathien der deutschen Arbeiterklasse auf unserer Seite sein werden.

Empfangt unseren proletarischen Gruß, deutsche Genossen!

Das Attentat von Hongkong. Am Sonnabend wurde die Leiche eines Ananien aufgeschifft. Man vermutet, daß es der Urheber des Anschlags gegen den Generalgouverneur von Indochina war.

Das Pariser Organisationskomitee für die deutsche Reichsbahn wird um den schwedischen Bankier Wallenberg vermehrt.

Zurentregierung in Südafrika. Ministerpräsident Smuts ist nach dem Ergebnis der Wahlen zurückgetreten. Burenführer Herberg ist mit der Regierungsbildung betraut.

Gleiches Recht für alle.

Im Zuge zwischen Berlin und Leipzig. Ich bin gerade dabei, bei der Zeitungslektüre einzunicken, als im Korridor ein lauter Bortwechfel das gleichmäßige Rattern der Räder unterbricht.

Der Schaffner macht einen Herrn, der aus einer Pfeife dicke Rauchwolken zieht, darauf aufmerksam, daß das Rauchen im Gang eines Nichtraucherabteils verboten ist.

Der Herr, aus Neugier oder Beruf Jäger, denn quer über seinen breiten Rücken hängt eine Flinte und zwei Hunde führen ihn (den Herrn, nicht den Rücken) an der Seite, ist sichtlich ein guter Deutscher, der das weiß, daß man der Obrigkeit, auch in Gestalt eines Eisenbahnschaffners, Gehorsam schuldet. Der Jäger blickt sich also in ein Nichtraucherabteil. Er weiß aber, daß wir in einer Republik leben und es uns also erlauben können, auf die Republik zu schimpfen. Während er der Anordnung des Schaffners gehorcht, ruft der Jäger entrüsteten Tones: „Das ist nun eine Republik! Wenn's a Jude wär, genügt da stähn bleim.“ Ich war zunächst versucht, des Jägers Partei zu ergreifen. Gleiches Recht für alle.

Nach einiger Ueberlegung fand ich jedoch, daß der Jäger, und nicht die Republik, sich im Unrecht befindet. Warum läßt er sich nicht — warum wird er nicht Jude?

Die Tote im Walde von Karlshorst.

Eine Berlinerin.

Zu dem Leichensund bei Karlshorst wird mitgeteilt, daß es den Nachforschungen der Nordkommission und ihren Beamten gestern gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Sie ist eine am 16. Juli 1893 in Berlin geborene Buchhalterin Anna Lachmund, die bei ihrer Mutter am Manthausen 11 in Neukölln wohnte und bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der Roperider Straße angestellt war. Fräulein Lachmund war nervenleidend und sollte auf ärztlichen Rat heute zu ihrer Erholung nach Hain im Riesengebirge fahren. Die Schußwaffe ist noch nicht gefunden, ebensowenig die Handtasche. Trotzdem scheint ein Selbstmord vorzuliegen. Nach Ansicht des Professors Dr. Bräuning und der Kriminalpolizei ist es sehr wohl möglich, daß das Mädchen mit seiner Verletzung noch einige hundert Meter, vielleicht auch einen Kilometer hat gehen können und dann erst zusammengebrochen ist. Auch die ganze Lage der Leiche deutet darauf hin. Die weitere Umgebung des Fundortes wird nach der Waffe und der Handtasche noch abgesehen. — Wenn auch ein Selbstmord wahrscheinlich ist, so rechnet die Nordkommission doch immer auch noch mit der Möglichkeit eines Verbrechens. Auch nach dieser Richtung geht die Ermittlung fort. Alle diejenigen, die die Buchhalterin gekannt haben und über ihren Aufenthalt am vergangenen Sonntag etwas wissen, werden gebeten, sich unverzüglich bei den Kriminalkommissaren Golzow und Dr. Berndorf im Polizeipräsidentium zu melden.

Schwarz-rot-gold mit Hakenkreuz.

Am 28. und 29. Juni veranstaltet der deutsche Turnerbund in Potsdam ein Kreisturnfest. Das ist gewiß nicht weiter aufregend, und die Anwesenheit des Vereins gehen gewiß die große Öffentlichkeit nichts an. Bei diesem Fest wird man aber, und das interessiert die Allgemeinheit auf das höchste, Fahnen sehen in den Farben der Republik, also Schwarz-rot-gold, und mit dem Hakenkreuz. Schwarz-rot-gold-Farben der Republik? Gott bewahre, sagt die „Potsdamer Tageszeitung“, der wir diese Geschichte, wert, eine Karnevals- und Festungszeitung zu schmähen, entnehmen. „Seit der unglücklichen Wenderung der schwarz-weiß-roten Reichsfahne“ ist, so meinte die Lante aus Potsdam, alles auf den Kopf gestellt, denn es gibt Verbände, die vorher schon schwarz-rot-goldene Fahnen führten, aber, Gott sei Dank, nicht Freunde der neuen Staatsgewalt sind — sagt die „Potsdamer Tageszeitung“. Zu diesen Verbänden gehört auch der deutsche Turnerbund. Im nun aber nicht in den lästigen Geruch zu kommen, Republikaner zu sein, haben die Herrschaften die bekannten vier F, die sich in der Fahne der Turner befinden, in ein Hakenkreuz umgewandelt. So werden sie nun also am 28. und 29. Juni mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und dem Hakenkreuz paradiert. Das ist einfach genial, und für diese Erfindung verdient der Vorstand des deutschen Turnerbundes die Verleihung des Ordens Pour le mérite!

Taschendiebe auf dem Autobus.

Ein ergiebiges Arbeitsfeld gewähren den internationalen Taschendieben die Autobuslinien, auf denen das Publikum in kürzlicher gedrangter Enge zusammengepresst muß. Ein gewerbsmäßiger Taschendieb dieser Art, dessen Tätigkeit sich in der Hauptstunde auf die Autobuslinien E und F erstreckte, fand in dem Friseur Hermann Wobrod vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Wobrod, der bereits vielfach vorbestraft und Inhaber von zahlreichen Gefängnissen gewesen ist, machte sich mit Vorliebe an Damen heran, wenn diese auf dem Autobus eingestiegen sind, oder er benutzte das Gedränge, wenn der Autobus an den Haltestellen hielt. So hatte er einer tschechischen Dame, die gerade in Berlin angekommen war, an der Haltestelle einen großen Betrag tschechischer Kronen entnommen. Beamte, die sein Treiben längst beobachtet hatten, bemerkten, wie er einen Paß zerriß und nahmen ihn fest. Sein Beutegeld half ihm nichts, da er auf früherer Tat erriapt worden war. In einem anderen Zug war er wiederum an der Arbeit. Diesmal wurde er auf dem Autobus beobachtet, nachdem er mehrmals perambuliert sich um die Handtasche bemüht hatte, gelang es ihm, an die Dame heranzukommen, der er 253 Mark aus der Tasche entnahm. Der Angeklagte gestand ein, daß er seit langem gewerbsmäßig von Taschendiebstählen lebe. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine Strafe in Höhe von 3½ Jahren Gefängnis. Der Verteidiger war der Meinung, daß dem Angeklagten ein einheitlicher feststehender Entschuldig vorlag, Diebstähle zu begehen, so daß das Gericht nur eine fortgelegte Handlung annehmen und auf eine geringere Strafe erkennen müsse. Landgerichtsdirektor Wachler schloß sich dieser Rechtsauffassung auch an und erkannte auf 2½ Jahre Gefängnis, sowie fünf Jahre Ehrverlust. Dem Angeklagten wurden 3 Monate auf die Unterlassungshaft angerechnet und er war mit dem Urteil so zufrieden, daß er die Strafe gleich antreten wollte und auf eine Berufung verzichtete.

Vernunft wird Unsinn . . .

Man schreibt uns: Im Treptower Park, der einzigen nahegelegenen Erholungstätte des Südstens, haben Jugendamt und Bezirksamt alle verfügbaren Arealen für Sport und Spiel an den Wochenenden zur Verfügung gestellt. Jung und alt tummelt sich dort nach des Tages Arbeit und ruht sich dann froh und mit einem Lied auf den Lippen heim. In diesem abendlichen Heimgang scheint die Polizeibehörde auf Grund des Rotgesetzes aber schon ein Staatsverbrechen zu sehen. Eine Turnabteilung von Männern, Jugendlichen, Turnrinnen und Kindern der Freien Turnerschaft Groß-Berlin (etwa 40 Personen), die in losem Zusammenhang unter Leitung des harmlosen Turnertobes: „Es zogen im sonnigen Gogen“ auf dem Heimweg war, wurden am Bahnhof Treptow, wo die Kopfen der Lokale noch weithin ihre Weisen ertönen ließen, plötzlich von einem Beamten der Schupkelei angehalten. Sofort auseinandergehen, hier gibt's keine Demonstration. Als die Heimkehrenden dem nicht sofort Folge leisteten, holte der Beamte 6 Mann Verstärkung herbei, die mit Gummiflämpeln dazwischen gingen und zur Festnahme des Leiters“ traten. Dieser Leiter wird nun seiner gerichtlichen Bestrafung entgehen wegen Leitung eines verbotenen Umzuges“ Angeklagter der dauernden Unsicherheit in Treptow durch Ueberfälle auf Spaziergänger sollte man meinen,

daß die Treptower Polizei Besseres zu tun hätte, wenn sie diesem gefährlichen Gesindel ihre Aufmerksamkeit schenken würde, statt heimkehrende Sportler ihrer Freude zu berauben. Auch die Schulen in marschieren täglich zum Treptower Park, natürlich geschlossen, weil der Lehrer und die Lehrerin die Verantwortung für die Kinder haben, und auch die Kinder singen gern, was die Lehrer kaum verhindern können. Dieselbe Notwendigkeit liegt auch bei den Kindern und Jugendlichen der Turnvereine vor, denen die Eltern ihre Kinder anvertrauen. Die Notwendigkeit richtet sich gegen politische Demonstrationen. Die Vernunft wird aber zum Unsinn und die Wohltat zur Plage, wenn bürokratischer Formalismus die mühselige Arbeit am Aufbau der Volksgesundheit zu hindern sucht.

Wasserwucher.

Je 6 Monate Gefängnis für zwei Werkdirektoren.

Die für weite Kreise der Bevölkerung unerwünscht hohen Tarife für Wasser, Kraft und Gas haben zum ersten Male zu einem Eingreifen der Staatsanwaltschaft geführt. Unter der Anklage des Wasserwuchers hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Direktoren der Continentalen Wasserwerks-Gesellschaft, bezugnehmend in Berlin ist, Ohler und Dill, zu verantworten. Die Gesellschaft hatte im Jahre 1907 mit der Stadtgemeinde Heilstedt einen Wasserlieferungsvertrag abgeschlossen, bei dem der Preis für den Kubikmeter Wasser auf 28 Pfennige festgesetzt worden war. Am 27. November v. J. forderte die Gesellschaft von der Stadtgemeinde in einem neuen Vertrage 86 Pfennige für den Kubikmeter. Die Stadtgemeinde weigerte sich, diesen hohen Tarif zu bewilligen.

Es wurde das vom Gesetz vorgesehene Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet und in diesem wurde der Preis auf 35 Pfennige festgesetzt. Die Staatsanwaltschaft erhob nunmehr gegen die Direktoren Ohler und Dill Anklage wegen Preiswuchers. Die Angeklagten suchten darzulegen, daß wenn sie nicht in der Lage seien, die nötigen Kapitalien für die Instandhaltung des Werkes aufzubringen, der Betrieb nicht aufrechterhalten werden könne. Zu einem Zinsfuß von 5 Proz. pro Jahr werde ihnen heute niemand Geld. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Wartenberger hielt den Angeklagten entgegen, daß sie den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung tragen müßten. Bei der weiteren Vernehmung der Angeklagten erklärte der Vorsitzende, daß die Angeklagten in ihrer Gesellschaft, wenn sie mit Goldkapital arbeiteten, ebenso wie jeder andere die Folgen der Inflation zu tragen hätten. Der Verteidiger widersprach dieser Auffassung. Staatsanwaltschaftsrat Pöhl hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Die Sachverständigen hätten ursprünglich errechnet, daß unter den heutigen Verhältnissen 25 Pfennige ausreichen seien, da die Obligationen entwertet und das Aktienkapital veräußert sei. Im Schiedsgerichtsverfahren sei jedoch unter Berücksichtigung der Steigerung der Löhne, Steuern und Abgaben ein Höchstfuß von 35 Pfennigen angenommen worden. Die Stadt Heilstedt gehöre zu den ärmsten Städten Deutschlands. Sie habe vorwiegend eine Arbeiterbevölkerung und beherberge viele Invaliden. Diesen Bevölkerungsschichten sei durch die Forderung der Angeklagten das Wasser so verteuert worden, daß sie es nicht benutzen könnten. Wucher mit Wasser sei schlimmer als der Wucher mit Butter und anderen Dingen, denn Wasser müsse jedermann haben. Hier sollte eine ganze Gemeinde geschädigt werden. Die Angeklagten haben aus Habgucht die Notlage einer ganzen Bevölkerung ausgebeutet. Es liege ein besonders schwerer Fall des Wuchers vor und deshalb sehe er sich veranlaßt, von den schwersten Strafbestimmungen der Preistreiereinordnung Gebrauch zu machen und gegen jeden der Angeklagten eine Strafe von 1 Jahr Zuchthaus und 10000 Goldmark Geldstrafe zu beantragen. Der Verteidiger beantragte aus rechtlichen Gründen Freisprechung. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu der Entscheidung, daß ein Übermaß der Gewinn vorliege. Die Aktien der Gesellschaft ständen heute so niedrig und das Aktienkapital sei so veräußert, daß mit einem Goldkapital bei der Berechnung der Verzinsung und Amortisierung nicht gerechnet werden dürfe. Bei der Strafzumessung hat das Gericht berücksichtigt, daß das Verhalten der Angeklagten geeignet war, der Bevölkerung heftigsten den Lebensnerven abzuschneiden. Andererseits wurde das vorgerückte Alter der Angeklagten und der Umstand, daß sie für ihre Gesellschaft gearbeitet haben, berücksichtigt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Preiswuchers zu je sechs Monaten Gefängnis und 10000 Goldmark Geldstrafe.

Der Lobestag Rathenaus.

Am Grabe Walter Rathenaus auf dem Friedhof in Oberhühnweide ließ der Reichspräsident heute morgen einen Ehrenkranz mit Schleife in den Nationalfarben niederlegen mit der Inschrift: „Am 2. Jahrestage des Opfertodes. Der Reichspräsident und das Kuratorium der Walter-Rathenaus-Stiftung.“

Zum Besten der Nothilfe der Reichswehr ging gestern abend im Stadion ein Musikfest mit Zapfenstreich, veranstaltet von der 2. und 3. Division, vor sich. Zwanzig Musikkapellen spielten im Innenraum des Stadions größtenteils ernste Musikstücke. Allerdings glaubte man auch nötig zu haben, an das nationale Empfinden der Besucher einen Appell richten zu müssen, was gewohnheitsmäßig durch Militärmärche mit Pauken Donner geschah. Den guten Willen und die beste Absicht der Veranstalter des Musikfestes vorausgesetzt, muß aber festgestellt werden, daß sich die nicht nationalpolitisch verbehten Besucher durch das Spielen solcher Musikstücke und den sich daraus allernat ergebenen patriotischen Nummern eher abgestoßen als angezogen fühlten. Deshalb gibt sich die Reichswehr nicht einmal die Mühe, sich an die musikalischen Interessen des Volkes zu wenden, als ewig und immer an die Nationalpolitischen?

Englischer Sprachunterricht für Kinder. Auf Wunsch zahlreicher Genossen richtet die Sprachschule für Proletarier in den nächsten Tagen wieder Anfängerkurse im Englischen für Kinder von 10—14 Jahren ein. Der Unterricht findet in den Nachmittagsstunden statt. Anmeldungen für Knaben und Mädchen ohne Vorkenntnisse täglich von 3—5 Uhr nachmittags bei H. Juch, W 57, Jüterbostr. 6a (nahe Bülowstr. u. Rollendorplatz).

Eine Übung Emanuel Casters. Im Berliner Schachverein am 1876 hält am Donnerstag, den 26. d., abends 8 Uhr, Schachmeister Wegemann einen Vortrag über: „Emanuel Caster und sein großer Erfolg im internationalen Schachturnier zu New York“. Der Vortrag findet statt im Weihen Saal des Vereinsvereinshauses am Alexanderplatz. Der Zutritt ist frei.

Der Bund der Arbeiterreichen hält am Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. Juni d. J., seinen diesjährigen Bundesstag in Berlin ab. Auf dieser Tagung sollen die brennendsten Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft Hauptgegenstand der Verhandlungen sein.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Heberwiegend heiter mit zunehmender Erwärmung; mäßige, westliche Winde.
Deutschland: Im größten Teile Deutschlands mäßig warmes, trockenes Wetter, nur an der Küste vorübergehend etwas Regen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 25. Juni:

1. Abt. 1/2 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula, Manufaktur 68, Tagesordnung: Der Parteitag und die politische Lage, Referent: Frau Wegschiller, R. d. L. Auswahl der Abteilungsleitung.
2. Abt. 7/8 Uhr, Sitzung der Funktionärinnen, 7/8 Uhr, bei Thiele, Berlin-Südost.
3. Abt. 7/8 Uhr, Mitgliederversammlung, Schulaula, Manufaktur 68, Tagesordnung: Der Parteitag und die politische Lage, Referent: Frau Wegschiller, R. d. L. Auswahl der Abteilungsleitung.
4. Abt. 7/8 Uhr, Mitgliederversammlung, Schulaula, Manufaktur 68, Tagesordnung: Der Parteitag und die politische Lage, Referent: Frau Wegschiller, R. d. L. Auswahl der Abteilungsleitung.
5. Abt. 7/8 Uhr, Mitgliederversammlung, Schulaula, Manufaktur 68, Tagesordnung: Der Parteitag und die politische Lage, Referent: Frau Wegschiller, R. d. L. Auswahl der Abteilungsleitung.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 24. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz trat in ihrer heutigen Vollversammlung in die Beratung des Berichts des Direktors des Arbeitsamtes ein, und zwar zunächst in den ersten Teil, der die Organisationsprobleme behandelt. Dieser Teil des Berichts stellt fest, daß die Internationale Arbeitsorganisation gegenwärtig 54 Mitgliedsstaaten umfaßt, darunter Irland und Argentinien, die im letzten Jahre in den Völkerbund aufgenommen wurden, und gibt dann einen Überblick über die Beziehungen zu den der Arbeitsorganisation noch nicht angehörenden Staaten. Der Bericht erwähnt dabei, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Beziehungen zu den verschiedenen Völkerbundsorganisationen enger gestalten hätten, aber daß im allgemeinen die Bewegung zum Eintritt bei den Vereinigten Staaten wenig Fortschritte gemacht habe, sondern in den letzten Monaten vielmehr einen Rückschritt erfahren habe. Ueber das Verhältnis zu Rußland sagt der Bericht, daß offiziell die Sowjetregierung eine dem Völkerbunde feindliche Haltung bewahre, daß aber offiziell die Teilnahme Rußlands an den verschiedenen Organisationen des Völkerbundes sich anbahne, die für die Wiederherstellung Rußlands unbedingt nötig sei vor allem, weil Rußland des ausländischen Kapitals bedürfe, wenn es aus seiner Isolierung heraus wolle. Weiter behandelt der Bericht die Frage des wünschenswerten Beitritts Perus, Ägyptens und der Türkei zur Internationalen Arbeitsorganisation.

In der Debatte über diesen Teil des Berichts sprach der belgische Arbeiterdelegierte Martens den Wunsch aus, daß der Verwaltungsrat des Arbeiteramtes Schritte tun möge, um den Beitritt Rußlands zur Internationalen Arbeitsorganisation herbeizuführen. Hieran anschließend erklärte der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux in längerer Rede, daß die Teilnahme Rußlands in der Arbeitsorganisation unbedingt notwendig sei. In der internationalen Politik habe man bereits, wie die de jure-Anerkennung Rußlands durch verschiedene Regierungen beweise, die Notwendigkeit eingesehen, Rußland wieder in die internationale Gemeinschaft hineinzuführen, und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sei dieser Einfluß noch dringlicher. Außerdem müsse das russische Volk die Wahrheit über das Wesen der Internationalen Arbeitsorganisation erfahren. Jouhaux schlug daher vor, daß die Konferenz durch einen Beschluß an Rußland die Einladung zum Beitritt zur Internationalen Arbeitsorganisation ergehen lasse. Der irische Regierungstreter O'Rahilly forderte seinerseits Schritte, um den Beitritt Amerikas anzubahnen.

Der Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation Albert Thomas, der die Funktionen eines Generalsekretärs der Konferenz ausübt, wies in seiner Entgegnung auf die verschiedenen Reden auf die Widerstände und Schwierigkeiten hin, die dem Beitritt der dem Völkerbunde noch nicht angehörenden Staaten entgegenstehen, befürwortete aber mehrfach den Einfluß dieser Länder, vor allem Amerikas und Rußlands, wobei er die Rechtslage erörterte und daran erinnerte, daß Deutschland und Oesterreich damals in die Internationale Arbeitsorganisation aufgenommen wurden, obgleich sie

nicht Mitglieder des Völkerbundes waren, daß dazu aber besondere Verhandlungen notwendig gewesen seien. Was Rußland anbetrifft, so erwähnte Albert Thomas u. a., daß bei einem Eintritt in die Arbeitsorganisation, falls es bis dahin sein Regime nicht geändert habe, noch andere wiederholt von der Konferenz aufgeworfene Fragen wieder akut würden, so die Frage der Zusammensetzung und Ernennung der Delegation, da ja die russische Regierung nicht nur die beiden Regierungsvertreter, sondern vielleicht auch einen Arbeitgebervertreter ernennen würde.

Der Bericht behandelt in dem Abschnitt über die Organisationsfragen auch die wiederholt im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes aufgeworfene Frage der Anwendung der gesetzgeberischen Errungenschaften der Internationalen Arbeitsorganisation auf das Saargebiet, wobei festgestellt wird, daß alle ermogenden Schritte einer Beteiligung des Saargebietes an der Internationalen Arbeitsorganisation ernste juristische Einwendungen hervorgerufen haben, und daß eine Debatte über das Problem einen übertriebenen Umfang angenommen haben würde, ohne zu einer praktischen Lösung zu führen. Inzwischen habe aber die im Saargebiet ins Leben gerufene Gründung einer Arbeitstammer eine Wendung herbeigeführt, die die Möglichkeit biete, eine der Sonderstellung des Saargebietes entsprechende Regelung der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation zu finden. Man habe daher beschlossen, ehe man die Frage weiter verfolge, die Gründung der Arbeitstammer im Saargebiet abzuwarten. — Der englische Arbeiterdelegierte Poulton wies in der Debatte über den Bericht des Direktors auf diese Darlegung hin und sprach dabei den Wunsch aus, daß Maßnahmen ergriffen würden, um die Arbeitsbedingungen im Saargebiet weniger günstig zu gestalten. Direktor Thomas entgegnete mit der Erklärung, der Verwaltungsrat sei bestrebt, den Saararbeitern denselben Nutzen zu sichern, den die Arbeiter der anderen industriellen Gemeinschaften aus der Internationalen Arbeitsorganisation ziehen.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn beendet.

Wie allgemein bekannt, waren an das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen noch einige Bedingungen geknüpft, die auf dem Wege der Nachverhandlungen zur Erledigung gebracht werden sollten. Die Verhandlungen sind nunmehr beendet, so daß auch Aussicht auf Einigung in der Tarifvertragsfrage für Arbeiter besteht. Die Anweisungen bezüglich der Lohnserhöhungen ab 1. Juni werden, wie wir aus fester Quelle erfahren, am heutigen Tage erfolgen, so daß die Erhöhungen am nächsten Freitag sicher voll ausgezahlt werden können.

Die Situation im Berliner Baugewerbe.

In der gestrigen Generalsammlung des Baugewerksbundes Groß-Berlin berichtete Thöns über den Konflikt im Berliner Baugewerbe. In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern wiederum gescheitert sind. Die Forderungen der Bauarbeiter werden von den Arbeitgebern als unbegründet bezeichnet. Die Unternehmern setzen durch, daß sie es auf einen Kampf im Berliner Baugewerbe ankommen lassen. Gewerksrat Körner deutete an,

daß er nunmehr den Schlichter Bissell von dem Bahnstreik in Kenntnis setzen wird. Es wäre zu wünschen, daß es vor einem Bruch noch zu einer befriedigenden Regelung der Bahnfrage kommt.

Arbeitsstellenfragen dürfen nur nach Rücksprache mit dem Betriebsvorstand unternommen werden. Von Fall zu Fall wird zu prüfen sein, ob es geboten erscheint, die Arbeit einzustellen. Ob die Unternehmer auf die Dauer einen tariflosen Zustand vorziehen werden, bleibt abzuwarten.

Die Diskussionsredner stellten sich im allgemeinen auf den Standpunkt, daß wenn es zu einem neuen Bahnkampf im Berliner Baugewerbe kommen sollte, die Arbeiter zu kämpfen wissen.

Einstimmig hat die Versammlung die bisherigen Maßnahmen des Betriebsvorstandes genehmigt und ihm die Vollmacht gegeben, alle weiteren Schritte einzuleiten.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit des ADG.

Der erste Gewerkschaftskursus des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der vom 16. bis 21. Juni 1924 in den Räumen der „Deutschen Hochschule für Politik“ zu Berlin veranstaltet worden war, hat einen glänzenden Verlauf genommen. Mehr als 120 Hörer, darunter etwa 90 von außerhalb, waren für den Kursus gemeldet. Trotz der sommerlichen Hitze, trotz der Hitze des Stoffes, die täglich in sechsstündiger Kursusarbeit bewältigt werden mußte, haben die Kursteilnehmer nahezu bis auf den letzten Mann durchgehalten.

Der Inhalt des Kurses, durch eine möglichst geschlossene Darstellung wirtschaftspolitischer Fragen den Boden für eine erfolgreiche Gewerkschaftspraxis zu bereiten, kann im vollen Umfange nur erreicht werden, wenn diesem ersten Kursus weitere Veranstaltungen auf breiterer Grundlage folgen. Was mit diesem ersten Auftakt gegeben werden konnte, war kaum mehr als ein Streifzug durch das Labyrinth der Wirtschafts- und Gewerkschaftsprobleme.

Die Kursleitung hat Wert darauf gelegt, Männer der Praxis für die Lösung der von ihr gestellten Aufgabe zu gewinnen. Gewerkschaftler von Ruf, wie Rud. Bissell, Rob. Schmidt, Kurt Heine, Waldt, Rich. Seidel, Knoff, bürgten dafür, daß ihre Vorlesungen mehr waren als rethorische Paradediskurse. Männer wie Stadtrat Dr. Herz, Dr. Cassau, Dr. Potthoff, Dr. Rahner konnten mit ihren wissenschaftlichen Vorlesungen den Beweis erbringen, daß ohne Vertiefung des Gewerkschaftsdenkens die Steigerung gewerkschaftlicher Erfolge unmöglich ist. Die Bearbeitung der die Beamtenbewegung betreffenden Gebiete war von den Vorstandsmitgliedern Falkenberg und Dr. Bitter übernommen worden. Der Tendenz des ADG. entsprechend, war das Bestreben aller Dozenten auf die Klärung der die Gewerkschaftspolitik und Allgemeinpolitik verbindenden Linien gerichtet. Der für Oktober d. J. in Aussicht genommene Kursus soll u. a. auch die Genossenschaftsfrage behandeln.

Verantwortlich für Politik: Gust. Reuter; Wirtschaft: Felix Schreiner; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Eckert; Redaktion: Dr. John Schilling; Lokales und Sonstiges: Felix Barthel; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 46, Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Streikende der Firma Schober
Mittwoch, 25. Juni, vorm. 10 Uhr
im „Wilhelmsgarten“ Tempelhof, Berlin SW. 46
Verammlung
Alle Streikenden werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frel. Eisenbahnbefahr. Suhl Thür.

Sprechapparate von Mark 4.50
Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt.
Schallplatten von Mark 0.45
Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt.
Robert Bork, W. 30, Heilbronner Str. 9
Tel.: Nollendorf 587

Ruhebetten 20 u.
Klubgarnit. 170 u.
Chaiselong. - 12 u.
Neuköln, Anzgraberstr. 2
Quittungs-Marken
mit 40 Jahren Spezialität
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echtes Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellung von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Haivani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönerhauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Futterstoffe, Foulardine,
sowie: 2.90 M.
Vorrat 2.90 M.
Damast, Halbsiden
elegant Dessins
bedeut. unt. Preis
Haarpuder
Schöneberg, Galtstr. 2
a.d. Grunewaldstr.

HOLZHAUSER
von 500 M. an.
Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Untmann
154, Lehrstr. 1/2
Berlin SW. 46
Sternzwirne, Käsezwirne
Dosenrührer, Gummihand, Röhren, Gestell u. f. Rührwaren, weit unter Tagespreis.
Görsler, Deutschstraße 13. Berlin SW. 46

BLOCH
Kindermode
Wäsche
Im Schaufenster!
Sehenswert! Die jüngsten Raubtier-Drucke der Welt mit ihrer feinsten Tier-Gruppe!

<p>Mädchen-Kleider (Reiz. neu Stoff)</p> <p>Zephir Ein-Teilch. gestr. a. W. 55 cm 50 cm Länge 1.55 1.25 45 cm 1.65</p> <p>Zephir Wasch-Kleider, reiz. best. 55 cm 50 cm Länge 2.25 1.95 45 cm 2.95</p> <p>Frotte Leinen, Blis, alle Farb. best. 55 cm 50 cm Länge 3.55 3.45 45 cm 3.95</p> <p>Volle Kleid Ia Qualität, farb. gest. 55 cm 50 cm Länge 4.75 4.35 45 cm 4.95</p> <p>Ia Volle m. Handstickerei, eleg. Neuh. 55 cm 50 cm Länge 5.35 5.45 45 cm</p>	<p>Enorm billig Spiel-Anzüge Entzückende neue Dessins!</p> <p>Zephir gestr., farb. Paapel, Holl. Form. 1. Knab. u. Mädchen. Größe 50 cm 3.45, 50 cm 3.15, 45 cm 2.95</p> <p>Frotte aus d. Tier- u. Kinderh. Größe 50 cm 3.95, 50 cm 3.45, 45 cm 2.95</p> <p>Anstübrg. Ia Frotte, Lein, Pa. name, reiz. Stück. Größe 50 cm 4.95, 50 cm 4.25, 45 cm 3.95</p> <p>Seppi-Anzüge Feinste Form m. Träger u. Schilps ca. 4-8 J. 6.90, 5-6 J. 5.40, 5-4 J. 4.95</p> <p>Anzüge Leinwand, elegant. Kittelform, gut. Waschr. ca. 7-8 J. 6.75, 5-6 J. 6.15, 5-4 J. 5.45</p>	<p>Gute Kinder-Wäsche Gute Stoffe!</p> <p>Mädch.-Hemd guter Stoff mit 1/2 Bech. Langh. f. 1-12 Jahre 2.95 bis 98 Pf.</p> <p>Mädchen - Beinleid guter Stoff, gleichs Art. f. 1-12 Jahre 1.95 bis 1.35</p> <p>Prinzess-Röck angewinkelte Achsel, St. k. Ansatz. Größe 50 2.25, Größe 45 2.25</p> <p>Mädchen-Nachthemd gute Stoffe, für 3-12 Jahre 4.95 bis 2.75</p> <p>Hemd-Höschen gut. Renfor. mit Hoblasum Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr, Gr. 45 2.45</p>	<p>Gute Kinder-Trikotagen Gute Stoffe!</p> <p>Schlupf-Höschen weiß gestrickt, halbh. Ware ... 58 Pf.</p> <p>Sweater gut. Trikot, 1/2 m. f. 7-8 J. 2.75, ca. 5-6 J. 2.25, 3-5 J. 1.95</p> <p>Leibchen gestr., weiß, m. Knopf. Garnitur. Weitere Gr. 50 Pf. mehr, Gr. 1 95 Pf.</p> <p>Anknöpf. - Höschen gestr., weiß, f. 7-8 J. 1.25, 5-6 J. 1.10</p> <p>Hemd-Hosen weiß, fein gestr., Sommer - Qualität. Weitere Größe 10 Pf. mehr, Gr. 60 1.90</p>
<p>Gute Knaben-Bekleidung Prima Stoffe!</p> <p>Leibchen-Rose aus marion Kap. - Ratin für ca. 7-8 J. 2.45, ca. 5-6 J. 2.25, 3-5 J. 1.95</p> <p>Sport-Rose aus gut. Sat., Gürtel ca. 7-8 J. 2.75, ca. 5-6 J. 2.50, 3-5 J. 2.25</p> <p>Sport-Bluse aus gut. Zephir m. Tasch. u. Schilps f. ca. 7-8 J. 3.45, ca. 5-6 J. 3.15, 3-5 J. 2.85</p> <p>Kleier Art Ia Kadett-Stoff für ca. 7-8 J. 2.45, ca. 5-6 J. 2.25, 3-5 J. 1.95</p> <p>Anzug Schlupf- u. Einknöpf. aus hochpr. Kadet, hell u. dunk. f. ca. 7-8 J. 6.90, ca. 5-6 J. 6.75, 3-5 J. 6.15</p>	<p>Enorm billig Kinder-Schürzen Gute Fabrikat!</p> <p>Werb Bastm. gut. Stickerei. Garnierung. Gr. 45 cm Jede weit. Größe 30 Pf. mehr 95 Pf.</p> <p>Knaben - Schürze Schürze gestr. Zeph. mit Qual. m. Garn. Jed. weit. Gr. 30 Pf. mehr, Gr. 40 cm 95 Pf.</p> <p>Buni Formen. Jede weitere Größe 15 Pf. mehr ... Größe 45 cm 1.35</p> <p>Birndl Stoffe in Kleiderform aus gut. Cretonn, jede weitere Größe 30 Pf. mehr, Größe 40 cm 1.85</p> <p>Schul-Schürze Halbr. g. sch. Alpaka Jede weit. Größe 30 Pf. mehr, Gr. 60 cm 2.65</p>	<p>Gute Knaben-Wäsche reichliche Formen!</p> <p>Tag-Hemd off. u. geschl. zu trag. jed. weit. Gr. 30 Pf. mehr, f. ca. 3-4 J. 1.95</p> <p>Zephir-Sport-Hemd gut. Qual. f. 7-10 J. 2.75, ca. 5-6 J. 2.50, 3-5 J. 2.25</p> <p>Nacht-Hemd beste gute Ware m. best. Besatz. jed. w. Gr. 60 Pf. mehr, für ca. 5-6 J. Jahre 4.90</p> <p>Matrosen-Kragen mit weißen Binden ... 1.45</p> <p>Matrosen-Garnitur prima Satin, Kragen und Manschetten 1.45</p>	<p>Bade-Artikel große Auswahl!</p> <p>Bade-Hosen hell mit bun. alle Größen. Ringel, nur soweit Vorrat 25 Pf.</p> <p>Bade-Anzüge sch. u. farb. m. weiß. Paapel, aus gutem Trikot ... 2.25, 1.95</p> <p>Frotte-Bade-Handtuch Waschl. Dessin, Krusenstoff 1.95</p> <p>Bade-Laken 50x100, guter Krusenstoff 2.95</p> <p>Bade-Mantel 100x100 4.45 entzückende Dessins, in bunt und weiß ... 14.75</p>

Kantstr. 24 an der Bleibtrou
Leder - Imt., rot, schwarz und weiß ... 38, 25 u.
Kinder-Gürtel ... 18 Pf.
Kinder-Taschen ... 38 Pf.
Zipfel-Mützen ... 35 Pf.

Gallo! Kinder mitbringen Entzückend Spielzeug erhält jedes Kind als Geschenk